

Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle

Stuttgart 21

Nach den massiven Auseinandersetzungen um „Stuttgart 21“ ist der Begriff „Öffentlichkeitsbeteiligung“ im Bund und in vielen Bundesländern „modern“ geworden.

„Die Politik“ reagiert damit auf den Umstand, dass vor allem Großprojekte nicht mehr so leicht durchgesetzt werden können wie in den vergangenen Jahrzehnten.

Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle

Leitfaden für eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung



Bezirksregierungen
Arnsberg
Detmold
Düsseldorf
Köln
Münster

DIALOG 
SCHAFFT Fortschritt
ZUKUNFT durch Akzeptanz.
NRW



BÜRGERLEITFADEN

Beteiligung bei Planung und Genehmigungsverfahren



Ministerium für Wirtschaft, Energie,
Industrie, Mittelstand und Handwerk
des Landes Nordrhein-Westfalen



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle

Diese Öffentlichkeitsbeteiligung läuft oft außerhalb oder neben den gesetzlichen Beteiligungsmöglichkeiten.

Nicht nur bei größeren Projekten wird die Einbeziehung der Öffentlichkeit von „Mediationsfirmen“ im Auftrag des Investors / Interessenten / Behörde begleitet.

Bekannteste Firma: IFOK.

IFOK.

 MEISTER
CONSULTANTS GROUP

Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle

Durch die gemeinsame Klärung der Fakten und die Konsultierung von Bürgerwissen wird versucht, das gegenseitige Verständnis von Befürwortern und GegnerInnen geplanter Großprojekte zu befördern. Im Laufe des Prozesses entwickeln die Beteiligten ein Gefühl der Gemeinschaft. Auf diese Weise macht eine erfolgreiche Mediation *"aus Gegnern Partner, und aus Konflikten macht sie Kooperationen."*

Leitsatz Peter Meister (IFOK-Gründer)

**Politische Mediation ist nur ein Baustein
in einem weiter ausgreifenden Herrschafts-
projekt, das Bürgerbeteiligung heißt.*)**

*) Thomas Wagner: Die Mitmachfalle

Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle

ICS 00.020, 01.016.01, 03.010		VDI-RICHTLINIEN		Januar 2015 January 2015	
VEREIN DEUTSCHER INGENIEURE		Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten Early public participation in industrial and infrastructure projects		VDI 7000	
				Ausg. : deutsch/englisch Issued : German/English	
Die deutsche Version dieser Norm ist verbindlich. This German version of this standard shall be taken as authoritative. No guarantee can be given with respect to the English translation.					
Inhalt	Seite	Contents	Page		
Vorwort	2	Preliminary title	2		
Einführung	2	Introduction	2		
1 Anwendungsbereich	6	1 Scope	6		
2 Vorbereitung der Organisation auf frühe Öffentlichkeitsbeteiligung	8	2 Preparing the organisation for early public participation	8		
2.1 Sensibilisierung für Veränderungen des gesellschaftlichen Umfelds	8	2.1 Raising awareness for changes in the social environment	8		
2.2 Grundsätze für die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung	11	2.2 Principles for early public participation	11		
3 Operative Umsetzung	14	3 Operational Implementation	14		
3.1 Phase 1: Strukturen und Kompetenzen ausbauen	15	3.1 Phase 1: Building structures and competences	15		
3.1.1 Öffentlichkeitsbeteiligung in die Projektentwicklung integrieren	16	3.1.1 Integrating public participation into project development	16		
3.1.2 Anspruchsgruppen und deren Themenfelder analysieren	24	3.1.2 Analysing stakeholder groups and their topics/issues	24		
3.1.3 Handlungsoptionen mit Option für internen Fortschritt	37	3.1.3 Internally working out scope of action and options	37		
3.1.4 Beteiligungsprozesse und Kommunikationspläne	46	3.1.4 Planning participation processes and communication	46		
3.2 Phase 2: Öffentlichkeitsbeteiligung strukturieren	56	3.2 Phase 2: Structured involvement of the public	56		
3.2.1 Initiieren des Dialogprozesses	57	3.2.1 Initiating the dialogue process	57		
3.2.2 Inhalte und Prozessschritte definieren	63	3.2.2 Defining content and process steps	63		
3.2.3 Fakten und Bewertungen klären	68	3.2.3 Clarifying facts and assessment criteria	68		
3.2.4 Antrag an die Entscheidung	72	3.2.4 Preparing an application	72		
VDI-Bereich Beruf und Gesellschaft Part of VDI Association and VDI 7000					
VDI-Handbuch Bautechnik VDI-Handbuch Biotechnologie VDI-Handbuch Elektrotechnik VDI-Handbuch Management und Sicherheit in der Umwelttechnik VDI/DIN-Handbuch Reinhaltung der Luft, Band 2: Emissionsminderung I VDI-Handbuch Verfahrenstechnik und Chemieingenieurwesen, Band 2: Planung/Projektierung					



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Die Bürger: nur lästige „Einwender“ oder ernst zu nehmende Mitentscheider?

Zu den Vorstellungen des Vereins
Deutscher Ingenieure (VDI)
und der „VDI 7000“

März 2014

BUND NRW e.V., Merowinger Str. 88, 40225 Düsseldorf
www.bund-nrw.de

[1]



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle

Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung

Prozessanalysen und Empfehlungen am Beispiel von Fernstraßen, Industrieanlagen und Kraftwerken

Vorabversion der Studie



| BertelsmannStiftung



Die Bundesregierung

Jetzt gibt es
in Deutschland
eine neue,
zukunftsweisende
und für alle
dauerhaft nutzbare
Energieform:

K o n s e n s -
Der Atomkonsens.
Energie.

Die Regeln zum Atomkonsens beschreiben
die Experten des Bundesamtes für die Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.
KONSULTE: Oktober 2011 bis 17. Juli 2012
BfU: www.bfugov.de

Mehr Informationen unter
themen: www.bundesregierung.de

Die Bundesregierung ist sicher:
Konsens-Energie wird auch die Rentenreform, die Steuerrreform und
die Bundeswehrreform zum Erfolg führen.

Deutschland e r n e u e r n .

Spiegel 26/2000 S. 155

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

 **BUND**
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle

Nun hat sich der BUND schon frühzeitig für eine bessere Beteiligung der Umweltverbände (und später auch der Öffentlichkeit) eingesetzt.

Er ist dabei allerdings von folgenden Prioritäten ausgegangen:

- Erweiterung der Klagemöglichkeiten (**Fortschritte** und **Rückschritte**)
- Beteiligung so früh wie möglich (**teilweise gelungen**)
- Schwerpunkt muss das „**Ob**“ werden und nicht das „**Wie**“ (**mislungen**)

Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle



Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle

Aus BUND-Position 31, 1998:

Alternative Konfliktlösungsverfahren können in keinem Fall eine Alternative zu oder ein Ersatz von Anspruchs- und Klagerechten sein.

Deregulierung und Abschneidung rechtlicher Möglichkeiten entzieht auch alternativen Konfliktlösungsverfahren die substantielle Basis.

... eine Beteiligung an alternativen Konfliktlösungsverfahren dann a priori nicht sinnvoll ist, wenn die Ziele des BUND ausschließlich zur Ablehnung eines Vorhabens führen können, eine Zielerreichung also ausgeschlossen ist.



Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle

Beispiel 1: Fernstraßenneubau

Seit Mitte der 1990er Jahre kann der Bedarf einer Neubaumaßnahme („Planrechtfertigung“) überhaupt nicht mehr beklagt werden – außer vor dem BVerfG!

Beispiel 2: „Bergrecht bricht Grundrecht“

Beispiel 3: Generelle Verkürzung der Instanzenwege und Einspruchsfristen, Verschärfung der materiellen Präklusion, Fristverkürzungen.

Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle



Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle

Datteln-Morgenpost 17.02.2012

E.ON will mit neuen Leuten reden

Willeke wirbt um neue Mitglieder fürs Kraftwerksforum

VON MARKUS WESSLING

DATTELN/WALTROP. Es war nur eine gute Handvoll Datteln, die sich am Mittwochabend in Waltrop traf, um über die Alternativen

Zusatz „Mitgliedschaft ruht“, ebenso hinter der Ärztevereinigung Vestriet. Ob diese Mitgliedschaften jemals wieder zum Leben erweckt werden, erscheint fraglich. Der letzte im November

So bleibt ein knappes Dutzend Kraftwerksfreunde meist unter sich, auch wenn die Runde wie am Mittwoch von Zeit zu Zeit im Kraftwerksforum

Datteln-Morgenpost 28.11.2011

Geld für Schülerkurse und die Dirt-Bike-Bahn

Das Kraftwerksforum öffnet den E.ON-Spendentopf

DATTELN. (hbk) Was als Teil

2008

Offener Brief an IFOK, der Presse zur Kenntnis!

Sehr geehrter Herr Eggert

Kürzlich erfuhr ich von einem Datteln-BUND-Mitstreiter, dass Sie bzw. Ihre Firma wiederum versucht haben, den BUND an den Runden Tisch des Kraftwerksforums zu bringen, obwohl Ihnen unser auf Landes-, Regional- und Kreisebene - stellvertretend auch für die Ortsebene - gefasster einstimmiger Beschluss zur Nichtteilnahme bekannt sein muss!

Ich finde es schlicht unanständig, sozusagen durch die kalte Küche doch noch (offizielle) BUND-Mitglieder für das E.ON-Akzeptanzforum zu gewinnen, damit die Rechnung des Konsensfindens aufgeht und E.ON sich in Zustimmung und Wohlwollen selbst der UmweltschützerInnen sonnen kann. Es ist Ihnen sicherlich nicht unbekannt, dass der BUND NRW 3 Klagen vor dem OVG Münster gegen die Genehmigungsbehörde eingereicht hat, die es E.ON recht machen wollte.

Umweltschützer kam bald niemand mehr. In der Liste der Mitglieder des Forums steht seither hinter dem Namen von Waltrops Bürgermeisterin Anne Heck-Guthke (SPD) der



unbedingt eine Gruppe oder einen Verband repräsentieren. Politiker, die als Vertreter ihrer Partei entsandt würden, will man aber nicht in das Gremium aufnehmen.

INFO Kontakt: Lisa Hirn, IFOK, ☎ 065 21/84 16 30

ur Schüler organisiert. Geplant seien Seminare wie Bewerbungstraining oder Knigge-Kurse sowie Unterrichtsbesuche von Firmen-Chefs und -Mitarbeitern, die den Schülern von ihrer Arbeit und Anforderungen in verschiedenen Berufssparten berichten,

genleistung gebaut. Um die Bahn soll eine eigene Abteilung des Vereins wachsen. Geplant sind die Schulung von Trainern sowie eine Fahrradwerkstatt. 2012 soll der reguläre Sportbetrieb starten. Förderwürdig sei das Projekt vor allem deshalb, da es Generationen übergreifend geplant

besprechen. Kraftwerksgegner bleiben dem Forum allerdings seit langem größtenteils fern. Modifiziert wird das Forum vom Institut IFOK, das von E.ON bezahlt wird. Die Treffen des Forums sind nicht öffentlich.

INFO www.kraftwerksforum-datteln.de

Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle

„Bürgerdialoge“ – übrigens Instrumente aus den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts – ersetzen keine Einspruchs- und Mitwirkungsrechte der Bevölkerung.



Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfälle

veRWErflich



Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle



Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle



Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle

Naturschützer halten den Energiedialog für ein abgekartetes Spiel

Vorwurf: Das Ergebnis hat von vorneherein „in den groben Zügen festgestanden“ — Plädoyer für dezentrales System — Gegen Großkonzerne

VON ROLAND ENGLISH

MÜNCHEN – Da sitzen sie nun, die Vertreter des Bund Naturschutz (BN), die über Monate in die Foren des Energiedialogs gegangen waren. Etliche Stunden haben sie dort gesessen, diskutiert, ihr Wissen eingebracht. Doch jetzt sehen sie ihre Zeit verschwendet.

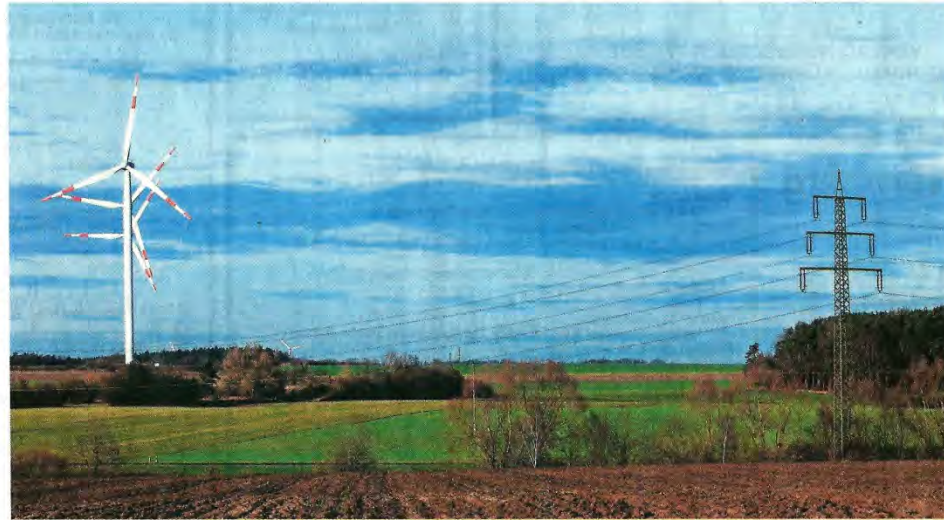
„Das Ergebnis des Dialogs stand in den großen Linien bereits am Anfang fest“, sagt BN-Chef Hubert Weiger und alle nicken. Zwar hat sich die Staatsregierung nicht festgelegt, wie die Energiewende weitergehen soll. Und sie wird es auch am Montag nicht tun, wenn der Energiedialog offiziell zu Ende geht. Wirtschaftsministerin Ilse Aigner will erst danach ihr Konzept entwickeln und es in zwei Wochen im Kabinett diskutieren.

Doch so viel schimmert längst durch: Bayern wird wohl eine Höchstspannungsleitung akzeptieren und darauf drängen, dass der Bund mindestens ein neues großes Gaskraftwerk im Freistaat finanziell fördert.

Klein statt groß

Für die Naturschützer ist das ein mehr als enttäuschender Schwenk. Weder neue Trassen noch neue Großkraftwerke seien notwendig, argumentieren sie. Seit Beginn der Energiewende kämpft der Bund Naturschutz für ein dezentrales Netz. Viele kleine Einheiten sollen im Freistaat den notwendigen Strom erzeugen, von Windrädern über Solaranlagen bis hin zu Strom und Wärme gleichermaßen produzierenden Blockkraftwerken. All das, kombiniert mit einem gesenkten Stromverbrauch, mache neue Leitungen und Großanlagen überflüssig.

Der Landkreis Neustadt/Aisch etwa produziert bereits mehr Strom aus erneuerbaren Energien, als er verbrauchen kann. Das sei ein Vorbild für Bayern, sagt Tomi Engel. Engel hat für den BN in der Arbeitsgruppe



Windräder, wie hier bei Dürnbuch (Emskirchen), machen die Stromproduktion im Landkreis Neustadt/Aisch zu einem gewinnbringenden Geschäft. Der Landkreis kann die Energie sogar exportieren. Foto: Heinz Wraneschitz

Speichertechnologien gesessen. Und er ist mehr als genervt, wie dort die Diskussionen verlaufen sind.

Wesentliche Punkte, klagt er, seien abgeblockt und ausgeklammert geblieben. Eine vernünftige Diskussion sei so nicht möglich gewesen. Für ihn ist klar, dass die Staatsregierung nicht wirklich in neuen Bahnen denken wolle. „Es wird versucht, eine veränderte Physik den veralteten Märkten anzupassen“, sagt Engel. Denn technisch ist nach Überzeugung der Naturschützer längst eine ganz andere Form der Energiegewinnung möglich.

Das ist der zentrale Vorwurf, den die Fachleute des Bund Naturschutz

erheben: Bayern verfüge über kein stimmiges Konzept, sondern nur über Bruchstücke eines Planes. Gleichwohl steuere das Land weg von einer dezentralen Versorgung hin zu wenigen Großeinheiten. Das Land folge damit den Interessen der Stromkonzerne – und das, wie sich Alexa Zieler wundert, „obwohl wir hier keine Stromkonzerne mehr haben. Warum bremsen sich Bayern dann selbst aus?“

Potenzial bekannt

Auch Zieler kennt das Potenzial der erneuerbaren Energien, sie ist Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Solar-Initiativen. Ginge es

nach ihr, die Bayern würden in zahllosen kleinen Gemeinschaften den Strom selbst produzieren – und die Gewinne daraus im Land halten. Dass stattdessen Strom aus dem Norden über teure Stromtrassen in den Freistaat fließen soll, stößt ihr wie allen Naturschützern sauer auf.

Dabei ist die Linie in der CSU längst nicht einheitlich. Der christsoziale Umweltpolitiker Josef Göppel beispielsweise kämpft für kleinräumige Lösungen. Auch er warnt davor, dass „ein wesentliches Element der Energiewende zugrunde“ gehen könnte. Wer die Wende nur mit den Konzernen gestalte, der benachteilige die klei-

nen Anbieter vor Ort und schaffe „jene zentralen Großstrukturen“, die alle hatten abschaffen wollen.

Auch wenn Hubert Weiger lobt, dass Bayern mit dem Energiedialog den Bürgern ein Mitspracherecht gibt – das Ergebnis enttäuscht ihn. „Unhaltbar“ sei die Situation, sagen er und seine Kollegen, weil Bayern keine Kompromissbereitschaft zeige.

Nach dem Dialog werden die Fronten verhärteter sein als vor dem Dialog. Denn auch die Naturschützer lehnen jeden Kompromiss ab. Sie sind von ihren Plänen felsenfest überzeugt. Ihr Konzept sei stimmig, sagen sie, und überzeuge, weil sie damit keine finanziellen Interessen verbinden. „Wir wollen die Lebensgrundlagen sichern“, sagt Hubert Weiger. „Dafür müssen alle umdenken. Und deshalb sind wir kompromisslos. Weil wir sonst unsere Ziele verraten würden.“

Demo in Pegnitz gegen die Trasse

Morgen findet in Pegnitz ein überregionaler Protest gegen die Gleichstromtrasse Süd-Ost statt.

Anlass ist der erste Jahrestag der Bekanntgabe der Trassenpläne. Die extrem hohen Masten für den Gleichstrom aus Sachsen-Anhalt sollten mitten durch die Region führen. Der Pegnitzer Bürgermeister Uwe Raab (SPD) koordiniert seither den Protest.

Am Samstag, 31. Januar, ab 16.30 Uhr, werden sich drei Fackelzüge in Pegnitz in Richtung Wiesweierhalle in Bewegung setzen. Ab 17.30 Uhr findet dort eine Kundgebung statt, bei der bei einer Feuershow symbolisch ein Strommast-Modell verbrannt werden soll. *nn*

Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle



IFOK GmbH
z. Hd. Frau Kneipp
Reinhardstr. 68
10117 Berlin

d.30.11.08

Einladung zum Kraftwerksforum – Ihr Schreiben v. 22.11.2008

Sehr geehrte Frau Kneipp,

Wir danken Ihnen für die Einladung zu Ihrem Kraftwerksforum am 2.12.2008. E.ON Kraftwerke hat sich danach entschieden, an diesem 'Runden Tisch' Lösungen für Ihre Kohlekraftwerksplanungen erarbeiten zu lassen. Der BUND Kreisgruppe Stade bleibt allerdings bei der in unserem Schreiben vom 7.11.08 schon formulierten Ablehnung eines Gesprächs, dessen Ziel es ist, mögliche Wege und Kompromisse zum Bau eines Kohlekraftwerkes aufzuzeigen. In keiner Weise wollen wir dazu beitragen, eine Erleichterung dieses Ziels zu erreichen. Der BUND lehnt jedlichen Bau von Kohlekraftwerken ab, weil die enormen CO₂-Emissionen vor dem Hintergrund des schon begonnenen Klimawandels nicht zu verantworten sind. Wir fordern E.ON auf, ihrer Verantwortung als großer Konzern gerecht zu werden. Wenn schon ein Kraftwerk mit einem fossilen Energieträger für notwendig erachtet wird – seriöse Studien, z.B. das UBA, sind nicht dieser Meinung –, dann sollte ein Gaskraftwerk (GuD) gebaut werden. E.ON könnte hier ein wirklich positives Beispiel setzen. Vorbildlich wäre, wenn E.ON in großem Maßstab auf die Nutzung regenerativer Energien und auf Energieeffizienzsteigerungen bei den Kunden setzen würde. Hierbei würde der BUND E.ON gerne unterstützen.

Den geplanten Dialog eines sog. Kraftwerksforums halten wir für nicht zielführend und werden deshalb nicht daran teilnehmen.

Mit freundlichen Grüßen

.....
Silke Hemke
(BUND Kreisgruppe Stade)

O Fa. E.ON
Presse

Zusammenarbeit

mit Wirtschaftsunternehmen

Beschluß der BUND-Delegiertenversammlung 1995 in Marktheidenfeld

Anhang

Ausschluß von Kooperationen

Eine Kooperation ist nicht möglich mit

- Unternehmen der Rüstungsindustrie
- Unternehmen der Atomindustrie, der Atomenergie- und der Energiewirtschaft im Hinblick auf reinen Stromverkauf (z.B. zur Raumheizung)
- Großunternehmen der Chemieindustrie
- Großunternehmen der Automobilindustrie
- Tabakfirmen
- Händler und Verarbeiter von WAA-Produkten (z. B. Pelze, Elfenbein) und von Tropenholz
- Flugreiseunternehmen und Gentechnisch produzierenden Unternehmen
- Großbanken
- Firmen, deren Anteile in Mehrheit von obengenannten Unternehmen gehalten werden
- Eine Kooperation ist auch ausgeschlossen, wenn das betreffende Unternehmen bzw. seine Mutter- oder Tochtergesellschaften im Ausland nicht den Grundsätzen für eine Kooperation entsprechen und/oder Ziel einer Kampagne einer anderen FOEI Mitgliedsgruppe sind.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

BUND
IF THE EARTH GERMANY



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle

Unternehmen wollen den Lül

Ennigerloh (gl). Die Vertreter der Ennigerloher Unternehmen bei der IHK-Kampagne „Industrie – Gemeinsam.Zukunft.Leben“, allen voran Stephan Wehning, Werksleiter der Heidelberg-Cement AG, beziehen Stellung zur Diskussion über die Planung der B 475 n in Ennigerloh.

„Industrie – Gemeinsam.Zukunft.Leben“ war das Motto eines IHK-Kongresses, an dem 250 Unternehmen teilnahmen – auch Ennigerloher Vertretungen. Etwas verwunderlich wirkte, dass dort der Nabu-Landesvorsitzende Josef Tumbrinck betonte, dass sein

Verband für die regionale Industrie eintrete – und dabei in einem ständigen Dialog stehe.

Das erlebt man örtlich gänzlich anders, denn viele Invest-Notwendigkeiten werden dem vermeintlichen Naturschutz geopfert. Aktuelle Zahlen belegen, dass nur 15 Prozent der Menschen gegen die Industrie sind. Der Eindruck, den diese Gegner erwecken, ist, dass nur 15 Prozent dafür sind.

Insofern wird die Notwendigkeit deutlich, dass für mehr Akzeptanz und Unterstützung regional bei der Bevölkerung gewor-

ben werden muss. Dass die Industrie Fortschrittsmotor, und Wohlstandsstütze ist, ist unbekannt. Wert und Wertschätzung, ni schöpfung ohne Wert ist gesucht.

Der Wettstreit um be dennutzen hat uns welt erkennung und Exporte gebracht. Insofern hängen nigerloher Arbeitsplätze internationalen Erfolg ur men. Die Exportprodukt die Firmen jedoch nur wenn gute Infrastruktura den ist. Ein Armutsze

Der Goldisthal-Skandal 1997

BUND-NW • Graf-Adolf-Straße 7-9 • 40878 Ratingen



Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland
Landesverband
Nordrhein-Westfalen e.V.
Traute Kirsch

Vermerk

zur Bundesdelegiertenversammlung des BUND 1997

Das Verhalten des Bundesvorstandes war sehr enttäuschend, da es durch mangelnde Einsicht in das eigene Fehlverhalten gekennzeichnet war. Diese mangelnde Einsicht trat zutage im Versuch statt einer endgültigen Ablehnung ein einjähriges Moratorium für das Stoppen von Vergleichen gegen Geld durchzusetzen und in der gebilligten Rede von Vorstandsmitglied Beck, in der er versuchte, die Täter zu opfern zu machen, indem er die Information der Medien durch BUND-Mitglieder als schlimmer bezeichnete als den Goldisthaldeal.

Der Bundesvorstand hat mit seiner Strategie erreicht, daß die ihm folgende Minderheit im Verband den Rücken gestärkt erhielt, was gleichbedeutend ist mit einer Unterstützung von Spaltungstendenzen. Die Kritiker des Goldisthaldeals wurden angegriffen mit dem Vorwurf, sie dürften nicht so auftreten, als hätten sie die Moral gepachtet und könnten anderen die Moral absprechen. Es wurde gesagt, das Rollen von Köpfen zu verlangen, wäre das Letzte.

Dabei ist der abgeschlossene Vergleichsvertrag ein reiner Knebelungsvertrag. Den Vertretern der Stiftung ist mit Vertragsstrafe verboten, gegen die Energiepolitik der VEAG und der mit ihr verbundenen Energiekonzerne Stellung zu beziehen. Damit hat man die Schere zur Energiepolitik in die BUND - Köpfe gesetzt. BUND-Positionen sind nun mal nicht teilbar in Stiftungspositionen und BUNDgrundsatzpositionen. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Vertrag nicht vielfeicht sogar genutzt wird, um den gesamten BUND unter Druck zu setzen. Wenn Frau Dr Zahrt zu Einweihungsfeierlichkeiten für das Stiffrungsprojekt das Wort ergreift, darf sie keine kritischen Anmerkungen zur Energiepolitik und dem Braunkohleabbau im Osten einschließlich Horno machen.

Ich bitte um kritische Anmerkungen und Ergänzungen, damit dies gegebenenfalls als ein gemeinsamer Vermerk der auf der BDV anwesenden Vorstandsmglieder abgesegnet werden kann.

14. 6. 97

Anerkannter Naturschutz.

Landesnachsichtstelle

T. Kirsch
Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland

ARGUMENTIERT UND DISKUTIERT

„Wegezoll“ für Windräder?

Der Naturschutzbund (Nabu) setzt die Betreiber von Windparks zunehmend unter Druck: Verzicht auf Klage nur gegen Spende?

Der Ausbau der Windkraft im Binnenland stößt in vielen Regionen auf Widerstand. Die Gegner sehen die Landschaften verschandelt, die Windrotoren seien zu laut und bedrohten die Vogelewelt. Widerstand kommt jetzt jedoch aus einer Ecke, aus der man es nicht unbedingt erwartet hat. Der Umweltverband Nabu setzt Betreiber von Windparks zunehmend unter Druck. Entweder sie zahlen eine Spende oder sie werden verklagt. In Mittelhessen hat sich laut „Berliner Zeitung“ kürzlich Folgendes ereignet. Der Landesverband Hessen des Nabu hatten gegen einen kleinen Windpark geklagt und vor dem Verwaltungsgerichtshof zunächst recht bekommen. Die Betriebsführer der Anlagen, das Unternehmen HessenEnergie und ein Bürgerwindpark, musste fünf von sieben Anlagen ein halbes Jahr stilllegen – obwohl zunächst alle Genehmigungen vorlagen. Den Investoren drohten horrend Verluste. Ein langer Rechtsstreit mit unsicherem Ausgang stand bevor.

Klage zurückgezogen

Doch seit Anfang Dezember 2012 ziehen sich die Windräder, die etwa 30 km östlich von Gießen ste-

hen, wieder. Der Nabu hatte seine Klage plötzlich zurückgezogen. Wie das? Die Betreiber der Anlagen zahlten freiwillig 500 000 € in einen Naturschutzfonds, den eine Nabu-Stiftung verwaltet. Mit dem Geld will der Nabu den Lebensraum für den Rotmilan optimieren. Unter anderem will man untersuchen, ob Kleinsäger am Fuß der Windräder die Vögel anlocken und in Gefahr bringen. Horst Meixner, Geschäftsführer von HessenEnergie, hat dem Deal nur schweren Herzens zugestimmt, wie Jakob Schlandt in der „Berliner Zeitung“ berichtet. Der nur wenige Monate dauernde Stillstand habe Verluste von 1 Mio. € verursacht. Meixner spricht von einem Tabubruch des Nabu. „Es wurde Wegezoll für Windräder verlangt.“ Für besonders ärgerlich hält er, dass es bei der Klage lediglich um Probleme bei der Raumordnung gegangen sei. „Klare Naturschutzbelange gab es nicht.“

Fall in Bad Endbach

Ein Windpark mit fünf Anlagen der Gemeinde Bad Endbach im Landkreis Marburg-Biedenkopf wurde um mindestens ein Jahr durch Einrede des Nabu verzögert. Erst nach Zugeständnissen lenkten die

Naturschützer ein: Zwei Windräder wurden abgebaut, Acker wurde in Grünland umgewandelt und ein Stromkabel unterirdisch verlegt. Zudem übergab die Gemeinde 2 ha Wald an die Nabu-Stiftung „Hessisches Naturerbe“. Während der Nabu sein Vorgehen verteidigt und darauf hinweist, dass es einen standardmäßigen Klageverzicht gegen eine Fondseinzahlung nicht gebe, schritten in der Windkraft-Branche die Alarmglocken – auch außerhalb Hessens. Johannes Lackmann, Geschäftsführer von WestfalenWind, erwägt sogar eine Strafanzeige. Der Tatbestand der Erpressung könnte vorliegen. Der Nabu nutze seine Sonderrechte „sachlos“ aus und verschaffe sich indirekt eine zusätzliche Einnahmequelle, empört sich der ehemalige Chef des Bundesverbandes Erneuerbare Energie aus Paderborn.

Verbände dürfen klagen

Seit 2002 ist das Verbandsklagerecht bundesweit geregelt, vorher war es Ländersache. Seitdem dürfen rund 50 Verbände im Namen der Natur klagen, wenn vom Aussterben bedrohte Arten etwa durch Straßenbauten, Bahntrassen oder



Naturschutzverbände dürfen gegen einen Windpark klagen, wenn seltene Arten bedroht sind.

Windparks bedroht sind. Immer öfter müssen die Planer von Windkraftanlagen laute Artenschutzgutachten vorlegen, wenn sie einen Windpark bauen und Strom erzeugen wollen. Doch die Strategie des Nabu in Hessen, auf Klage zu verzichten, wenn im Gegenzug Geld fließt, stößt vielerorts bitter auf. Eine Bürgerinitiative (BI) hatte sich vehement gegen den Windpark von Bad Endbach gewehrt. Die BI fühlt sich laut Sprecher Reinhold Leinweber vom Nabu verraten, weil sich der Naturschutzverband „eine Zustimmung zu dem Projekt einfach hat abkaufen lassen“. Als

Fazit:

1. Neue und noch laufende Verfahren regelmäßig unter den entsprechenden Seiten der Bez.-Reg. und des Landes verfolgen.
2. Äußerst kritische Betrachtung moderierter Verfahren zu Großprojekten.
3. Keine Kugelrunden mit Investoren (auch nicht bei Windkraft!).
4. Stets die Notwendigkeit des gesetzlichen Schutzes hervorheben – nicht nur beim Straßenbau.

Öffentlichkeitsbeteiligung und Mitmachfalle

